

# KURZPOSITION

---

## Zentrale Punkte der NE-Metallindustrie für Sondierungsgespräche und Koalitionsverhandlungen

### 1. Entlastungsregeln im EEG vollumfänglich erhalten

Die Besondere Ausgleichsregelung des EEG ist zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit der stromintensiven Grundstoffindustrien unverzichtbar. Änderungen hieran bedeuten drastische Konsequenzen für die betroffenen Unternehmen und allein eine Diskussion hierüber führt zu anhaltender Unsicherheit und einem erodierenden Vertrauen in den Wirtschaftsstandort Deutschland. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund der ohnehin rasant steigenden Folgebelastungen aus der Energiewende, z. B. bei den Stromnetzentgelten. Ziel der Politik sollte es sein, Unsicherheiten zu vermeiden sowie langfristig sichere und verlässliche Rahmenbedingungen für produzierende Unternehmen zu schaffen. Dazu gehört, dass energieintensive Industrien auf ein dauerhaftes Bestehen der Entlastungsregelungen vertrauen können – auch auf die Entlastung von selbst erzeugtem Strom in KWK-Anlagen sowie in Anlagen zur Reststoffverstromung. **Das genaue Gegenteil von langfristiger Sicherheit wäre eine Verschiebung der BesAR in den Bundeshaushalt.** Dann wären die Unternehmen jedes Jahr vom Wohlwollen der „Haushälter“ abhängig. Das Geschäftsergebnis der energieintensiven Industrie – also Gewinn oder Verlust – würde von der Haushaltslage der Bundesrepublik abhängen.

### 2. Keine nationale CO<sub>2</sub>-Doppelregulierung zusätzlich zum EU-Emissionshandel

Die Reform des EU-Emissionshandel steht kurz vor dem Abschluss und umfasst zahlreiche Verschärfungen des Ambitionsniveaus für die betroffenen Industriesektoren. So werden neben der 2019 in Kraft tretenden Marktstabilitätsreserve das Cap deutlich verringert, die Benchmarks erheblich verschärft und die Produktionsdaten auf die Nach-Krisen-Jahre angepasst. Diese Reformschritte werden sich in einem deutlichen Anstieg des CO<sub>2</sub>-Preises niederschlagen. **Zusätzliche nationale CO<sub>2</sub>-Preisauflagen oder Mindestpreise für die ETS-Sektoren gefährden deren Wettbewerbsfähigkeit, führen nicht zu mehr Klimaschutz und sind daher nicht gerechtfertigt.** Eine Doppelregulierung muss unbedingt verhindert werden. Darüber hinaus müssen die emissionshandelsbedingten Strompreissteigerungen verlässlich und umfassend kompensiert werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Sektoren zu sichern.

### 3. Kohleausstieg – Drohende Mehrbelastungen beim Strompreis verhindern

Ein politisch-motivierter, vorzeitiger Ausstieg aus der Kohleverstromung hätte erhebliche negative Auswirkungen für den Industriestandort Deutschland. Der Börsenstrompreis erhöht sich hierdurch deutlich. Gutachter von Frontier Economics gehen von einem Strompreisanstieg von rund 10 Euro je Megawattstunde (MWh) aus. Dies entspricht einem Anstieg um rund 30 Prozent gegenüber heutigen Börsenstrompreisen. Bei der energieintensiven Industrie schlägt dies voll durch, da bislang kein Schutzmechanismus für energiewendebedingte Folgekosten dieser Art existiert. Insofern gefährdet auch diese Mehrbelastung die Wettbewerbsfähigkeit stromintensiver Unternehmen gegenüber der internationalen Konkurrenz. **Für die energieintensiven Industrien in Deutschland hätte der Kohle-**

**ausstieg zusätzliche Stromkosten von rund 1 Milliarden Euro pro Jahr zur Folge** (EID-Stromverbrauch: ca. 120 TWh). Für mittelständische wie große Unternehmen gleichermaßen wäre dies ein drastischer Kostenschock, wie folgende Beispiele zeigen:

- Typisches mittelständisches Unternehmen der EID-Branchen (Stromverbrauch 50 GWh/a): Mehrbelastung rund 0,5 Millionen Euro pro Jahr
- Typisches Großunternehmen der EID-Branchen (Stromverbrauch 200 GWh/a): Mehrbelastung rund 2 Millionen Euro pro Jahr

Daher sollte ein Kohleausstieg nur mit Augenmaß sowie möglichst langfristig erfolgen, damit Strompreissteigerungen verhindert werden können.

#### **4. Technologieförderung**

Forschungs- und Entwicklungsprogramme zur Förderung der Treibhausreduktion in der Industrie sollten in der NE-Metallindustrie gerade bei der Verfahrens- und Prozessoptimierung ansetzen und gerade auch Effizienz- und Recyclingprojekte unter dem Aspekt des CO<sub>2</sub>-Einsparpotentials fördern.

#### **5. Globale Entwicklungen entscheidend für den Erfolg nationaler Klimapolitik**

Deutschland alleine kann den Klimawandel nicht stoppen, da das Klima nur global effektiv geschützt werden kann. Die Schaffung verbindlicher und international vergleichbarer Klimaschutzanstrengung und -ambitionen muss daher oberste Priorität deutscher Klimapolitik sein. Solange sich die globalen Klimaschutzanstrengungen weiterhin unterscheiden, muss die Bundesregierung zum Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit energieintensiver Unternehmen und im Sinne eines effektiven Klimaschutzes langfristig verlässliche Entlastungsregelungen und einen umfassenden Carbon Leakage Schutz gewährleisten, der über dem heutigen Niveau hinausgeht. Nur dadurch wird verhindert, dass Unternehmen in Regionen mit geringeren Klimaschutzniveaus abwandern.

#### **6. Klimaschutzplan 2050**

Da internationale Entwicklungen beim Klimaschutz schwer zu prognostizieren sind, sind bei nationalen Klimaschutzmaßnahmen Offenheit, Flexibilität und ein Monitoring des internationalen Umfelds notwendig. Ein Klimaschutzgesetz kann dies kaum gewährleisten. Der Klimaschutzplan 2050 sollte dynamisch ausgestaltet sein und muss regelmäßig mit den Klimaschutzanstrengungen anderer Staaten abgeglichen werden. Das Festhalten an Sektorzielen ist dabei nicht sachgerecht, da sie eine effiziente Klimazielerreichung, insbesondere in den einem EU-Klimaziel unterliegenden ETS-Sektoren, verhindern. Außerdem müssen die Maßnahmen, die im Klimaschutzplan 2050 anvisiert wurden, einem robusten und umfassenden Impact Assessment unterzogen werden. Es ist notwendig, dass klimapolitische Maßnahmen auf ihre Konsequenzen und Folgewirkungen für die betroffenen Sektoren hin untersucht werden. Das energiepolitische Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit muss dabei als Kompass dienen.

**Berlin, den 24. Oktober 2017**

#### **Kontakt:**

Michael Schwaiger  
Energiepolitik  
Telefon: 030 / 72 62 07 – 122  
E-Mail: [schwaiger@wvmetalle.de](mailto:schwaiger@wvmetalle.de)

Nima Nader  
Klimapolitik  
Telefon: 030 / 72 62 07 – 102  
E-Mail: [nader@wvmetalle.de](mailto:nader@wvmetalle.de)